

Die EU feiert am 25. März 2007 ihren 50. Geburtstag. Dazu wird ein pompöses, vom EU-Steuerzahler finanziertes Fest organisiert. Offenbar soll das Volk, wenn es in der EU schon nichts zu sagen hat, wenigstens die Polit-Elite bejubeln. In der Realität gibt es für die EU nichts zu feiern. Zu tun hingegen gäbe es viel.

Gewiss, die ursprünglichen Ziele der EU-Gründerväter, «Nie wieder Krieg in Europa», werden wohl von allen Menschen in Europa unterstützt. Aber die EU hat sich schon lange von diesen Maximen verabschiedet. Die Vision Charles De Gaulles eines Europas der Demokratien und der Vaterländer ist tot. Mit ihren humanitären Diensten, dem klaren Bekenntnis zur Demokratie, einer strikten Neutralitätspolitik und einer über Europa hinaus weltoffenen Politik trägt die Schweiz das geistige Erbe der EU-Gründerväter Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi wesentlich besser weiter als die gelähmte EU. Darauf dürfen wir stolz sein!

Heute geht es um ganz andere Sachen in der EU: Einheitsbrei statt Eingehen auf Unterschiede heisst die Devise. Streit um Pfründen und Millionen stehen im Vordergrund. In der Union ist nichts zu spüren vom gemeinsamen «wir» der Europäer. Auf die einzelnen Mitgliedsstaaten nimmt die EU keine Rücksicht. Auf die Souveränität der Nationalstaaten pfeift sie. Aktuelles Beispiel: Die Einmischung der EU in die Steuerhoheit der Schweizer Kantone. Sie zeigt, wie Brüssel mit Kleinstaaten umgeht. Und es verdeutlicht die undemokratische und wesensfremde politische Struktur der Union.

Besonders beschämend sind jene SP-Vertreter und EU-Fanatiker, die nach Brüssel gepilgert sind, um dort gegen unsere verhältnismässig tiefen Steuern zu lobbyieren. Mit dieser anti-schweizerischen Politik sind sie mitschuldig am ganzen Trauerspiel. Der unhaltbare EU-Angriff ist eine Einmischung in unsere Angelegenheiten und ein frontaler Angriff auf zentrale Wesensmerkmale der Schweiz wie Souveränität, Föderalismus und Demokratie. Er entbehrt jeder Grundlage. Die Schweiz soll auf Erpressungen entschlossen reagieren: Unsere Steuersouveränität ist nicht verhandelbar. Unsere Aussenpolitik muss wieder zu einer unmissver-



Bild: z.V.g

Lukas Reimann, SVP-Kantonsrat, Wil

ständlichen Interessenpolitik für die Schweiz werden. Das heisst: Nein zur EU-Erpressung und Nein zum EU-Beitritt!

Die Unabhängigkeit der Schweiz ist eine grosse Chance und ein klarer Standortvorteil. Unser Land kann so eine bessere, unbürokratischere Politik als die EU zu machen. Und die Schweiz tut es auch! Dies zeigt sich eindrücklich in internationalen Vergleichen von Wirtschaftlichkeit, Standortattraktivität, Stabilität oder Arbeitslosenzahlen. Spezifische Schweizer Besonderheiten, Erfolgsfaktoren und Werte wie die einmaligen Volksrechte der Direkten Demokratie oder Unabhängigkeit würden durch einen EU-Beitritt massiv beeinträchtigt. Ein EU-Beitritt hätte auch eine Verdoppelung der Mehrwertsteuer zur Folge. Wir alle müssten 22,5 Milliarden mehr bezahlen. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das: Mehr als 10'000 Franken zusätzlich Steuern pro Jahr!

Die EU steckt in einer tiefen Krise: Politische Streitereien, Erweiterungen ohne Ende bis in den islamischen Raum, ausufernde Kosten, hohe Arbeitslosigkeit usw. usf. Dies verdeutlicht: Die EU steht nicht für Europa, sondern für einen abgeschirmten Kreis abgehobener Politiker. Auch die Völker der EU-Staaten lehnen die EU immer deutlicher ab: Am 24. März findet in Wil ein öffentlicher Kongress statt. EU-Gegner aus 10 verschiedenen Nationen werden eindrücklich berichten, wie ihre Heimat-Staaten unter der EU zu leiden haben und warum sie die Schweiz um ihre starke Position der Freiheit beneiden. Nutzen Sie diese einmalige Möglichkeit!

Lukas Reimann